

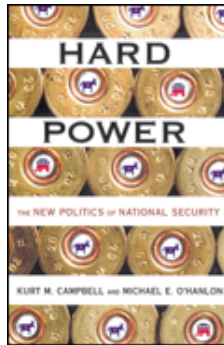
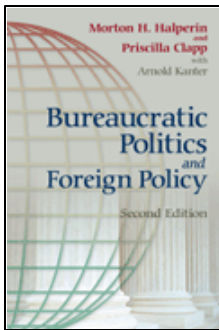
VERANSTALTUNGSBERICHT KAS WASHINGTON D.C.

Ursula Carpenter

Thema:	Diplomatie und Sicherheit: Perspektiven zur künftigen Außenpolitik Amerikas
Veranstalter:	The Brookings Institution
Art:	Podiumsdiskussion
Datum:	6. Dezember 2006

U.S.-Außenpolitik aus Sicht der Demokraten

Nach dem Machtwechsel im amerikanischen Kongreß haben sich Vertreter der Bush-Regierung und der neuen Demokratischen Führungsriege zu einem zivileren Umgangston und überparteilicher Zusammenarbeit verpflichtet. In der neuen politischen Landschaft, in der die Vereinigten Staaten mit schwierigen außenpolitischen Problemen konfrontiert sind, müssen Politiker beider Parteien das Staatsschiff, das sich im Wortlaut des Mitvorsitzenden der *Iraq Study Group* (ISG), Lee Hamilton, in "stürmischen Gewässern" befindet, gemeinsam durch die Herausforderungen in den Bereichen Heimatschutz, Verteidigung, nukleare Proliferation und des Irakkrieges navigieren. Am 6. Dezember



2006, dem Tag der Veröffentlichung des ISG-Berichtes, veranstaltete die den Demokraten nahestehende *Brookings Institution* eine Podiumsdiskussion zum Thema "**Diplomacy and Security: Building a Solid Agenda for U.S. Foreign Policy**", bei der renommierte außenpolitische Experten über die Ursachen und Konsequenzen vergangener Fehlschläge und Erfolge der US-Außenpolitik diskutierten und Alternativen zur gegenwärtigen amerikanischen Sicherheitspolitik unterbreiteten. Podiumsdiskutanten waren die Autoren von zwei Neuveröffentlichungen zur amerikanischen Außenpolitik, und "**Hard Power**"¹ und "**Bureaucratic Politics and Foreign Policy**"², die eine neue nationale Sicherheitsagenda entwerfen und die Rolle der föderalen Bürokratie bei der Gestaltung und Umsetzung amerikanischer Außenpolitik untersuchen.

Die Demokraten müssen das Thema "nationale Sicherheit" beherrschen

In dem Buch "Hard Power" beschreiben die Autoren Kurt Campbell und Michael O'Hanlon, wie die Demokraten ihre Glaubwürdigkeit in Fragen der nationalen Sicherheit und Außenpolitik verloren haben und zeigen Wege auf, wie sie diese zurückgewinnen können und müssen. Ihrer Meinung nach hat die Partei von Rossevelt und Kennedy, die die USA im Zweiten Weltkrieg zum Sieg geführt, die

¹ <http://www.brookings.edu/press/books/bureaucraticpoliticsandforeignpolicysecondedition.htm>

² <http://www.brookings.edu/press/books/hardpower.htm>

NATO entworfen und nach dem Kalten Krieg den Abzug der amerikanischen Streitkräfte erfolgreich gemanagt hatte, eine Verantwortung, die Politik der nationalen Sicherheit zu meistern und darüber hinaus neue Ideen zu entwickeln und befürworten. Laut **Kurt Campbell**, Leiter der Abteilung Internationale Sicherheit beim *Center for Strategic and International Studies*, muß es den Demokraten gelingen, das Thema "nationale Sicherheit" in den Griff zu kriegen. Dies sei immer noch der Bereich, der einen Keil in der Perzeption der Wähler aufweise ("wedge issue). Die Republikaner hätten in Fragen der nationalen Sicherheit bei den Wählern bis heute einen Vertrauensvorsprung von 20-30 Prozent. Campbell mahnte, dass die Demokraten dieses Thema ernst nehmen müssen, "oder sie werden nie eine Chance erhalten, zu beweisen, dass sie langfristig in der Lage sind, nationale Sicherheit erfolgreich zu meistern, d.h. sie werden von der Macht abgeschottet." Campbell prognostizierte, dass das Thema "nationale Sicherheit für den Rest unseres Lebens eine zentrale Rolle in den höchsten Regierungsebenen" spielen werde.

Amerika muß in Zukunft "harte und weiche Macht" kombinieren

Michael O'Hanlon, außenpolitischer Forschungsexperte bei der *Brookings Institution*, fasste als Mitautor von "Hard Power" die im Buch vorgestellte These zusammen: Bei der Agenda für die künftige Außenpolitik Amerikas bestehe ein enger Zusammenhang zwischen "harter und weicher Macht". Statt bei der amerikanischen Politikformulierung nach parteipolitischen Grundsätzen vorzugehen, müsse in Zukunft eine bessere Mischung von harter und weicher Macht gelingen. Amerikanische Führungskraft müsse mit Multilateralismus, einem Fokus auf eine neue "globalisierte Agenda" sowie einer andauernden Betonung der Agenda der "hard-core national security" kombiniert werden. Bei der künftigen nationalen Sicherheitsagenda der USA spiele die Zusammenarbeit der Regierungsbehörden ("cross-agency collaboration"), d.h. der politischen Bürokratie, eine zentrale Rolle, beispielsweise zwischen Verteidigungs- und Außenministerium während des entscheidenden Übergangs zwischen Militäraktionen und dem Wiederaufbau, bei der Konsolidierung der Heimatschutzbehörde und der integrierten Zusammenarbeit der Geheimdienste, bei dem langfristigen Anti-Terrorkrieg ("Wir haben keine gute Anti-Terrorstrategie") sowie im Bereich der amerikanischen China-Politik, die energiepolitische Strategien mit Zielen der Non-Proliferationspolitik abwägen müsse.

Kompliziertes Kräftespiel bestimmt amerikanische Außenpolitik

Der ehemalige Präsidentschaftsberater von Bill Clinton und derzeit bei der Demokratischen Denkfabrik *Center for American Progress* angesiedelte Forschungsexperte **Morton Halperin** verwies darauf, dass das in dem Buch "Bureaucratic Politics and Foreign Policy" illustrierte Zusammenwirken der Regierungsorgane in Ministerien und Behörden bei dem Verständnis der gegenwärtigen Situation im Iran hilfreich sein könne. Die konventionelle und für viele überraschende Tendenz des Verteidigungsministeriums gegen den Einsatz militärischer Gewalt sei auch in den gerade laufenden Anhörungen des

designierten Verteidigungsministers Bob Gates sichtbar geworden, als dieser sich gegen Militäraktionen im Iran aussprach. Hinsichtlich der traditionellen Haltung eines Präsidenten, sich während seiner beiden letzten Amtsjahre mit Blick auf sein historisches Erbe als Friedensschaffer ("man of peace") profilieren zu wollen, zeigte sich Halperin skeptisch gegenüber der Politik von Präsident Bush: "Bush scheint die andere Richtung einzuschlagen" und wolle wohl eher als derjenige in die Geschichte eingehen, "der die Axe des Bösen bekämpft hat." Das Zusammenspiel verschiedener Kräfte bei der "Evolution" der amerikanischen Irakpolitik sei insbesondere auch in der Rolle des Kongresses bei der Ausgestaltung nationaler Sicherheitsmaßnahmen spürbar. In diesem Zusammenhang äußerte Halperin seine Skepsis darüber, dass der Kongreß die Empfehlungen der "9/11 Commission" jemals umsetzen werde.

Historische Verschiebungen in der amerikanischen Außenpolitik

Die Mitverfasserin von "Bureaucratic Politics and Foreign Policy" und ehemalige Diplomatin **Priscilla Clapp** verwies auf die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Nationalem Sicherheitsrat, Pentagon und Außenministerium während der ersten Bush-Regierung (Bush 41) als Modell eines effektiven außenpolitischen Managements. Dabei sei insbesondere die politische Erfahrung von Bush-Vater mit dessen Führungsrollen im Kongreß, der UNO und als U.S.-Botschafter in China positiv zum Tragen gekommen. Dagegen habe der jetzige Präsident Bush keinen außenpolitischen Hintergrund und habe sich als Novize in diesem Bereich zwar mit sehr erfahrenen Beratern umgeben, die jedoch auch in der Manipulation eines Präsidenten Erfahrung hätten. In diesem Zusammenhang spiele der enorme Machtanstieg des Vizepräsidenten und dessen Mitarbeiter eine große Rolle, die fast mit der Rolle des Nationalen Sicherheitsrats und dessen Stab gleichkäme. Des Weiteren sei es in den letzten 30 Jahren bei der Gestaltung der U.S.-Außenpolitik zu großen historischen Verschiebungen gekommen: 1) einem größeren Fokus auf moralische Werte, 2) einer stärkeren Rolle und größeren Komplexität der Bürokratie in Ministerien und Behörden (z.B. eine größere Anzahl von Staatssekretären im Außenministerium) und 3) der wichtigen Rolle der Technologie, die die bürokratische Kommunikation und Entscheidungsfindung im Bereich der Außenpolitik enorm beschleunigt habe.

Strukturwechsel in den USA und der Welt führen zur Neudefinition amerikanischer Außenpolitik

Arnold Kanter, ehemaliger Staatssekretär im U.S.-Außenministerium während der Clinton-Administration und langjähriger Praktiker amerikanischer Außenpolitik, verwies darauf, dass die größte Veränderung in der U.S.-Außenpolitik der letzten 30 Jahre, die in direkten Konsequenzen für deren Gestaltung und Implementierung resultiere, in der verminderten "Insularität" der Vereinigten Staaten bestehe. Die USA könnten es sich nicht mehr leisten, die Entwicklungen in anderen Ländern zu ignorieren. Neben den innenpolitischen Faktoren habe die Globalisierung tiefgreifende Auswirkungen auf die amerikanische Außenpolitik. Bei der außenpolitische Politikformulierung seien Innen- und Außenpolitik miteinander verflochten. So seien nicht nur das

Verteidigungs- und Außenministerium Vermittler amerikanischer Außenpolitik, sondern auch das Handels- und Landwirtschaftsministerium. In diesem Sinne handele es sich um eine Neudefinition der U.S.-Außenpolitik. Darüber hinaus sei es mit Blick auf die Rolle des Kongresses zu einem Strukturwechsel amerikanischer Politik gekommen. Die ansteigende innenpolitische Polarisierung, die sich in einer verbissenen Parteipolitik auch in der außenpolitischen Debatte im Kongress auswirke, habe die Fähigkeit der Politiker vermindert, eine überparteiliche Außenpolitik zu betreiben: "Die Vorstellung, dass Parteipolitik an den Landesgrenzen aufhört, ist zu einem historisch irrelevanten Konzept geworden."

Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung und die Transkription der Podiumsdiskussion sind auf der Internetseite der *Brookings Institution* unter dem folgenden Link abrufbar: <http://www.brookings.edu/comm/events/20061206.htm>